

Weniger Hürden für Berufsmaturanden

LEHRERBILDUNG Der Grosse Rat sprach sich gestern dafür aus, dass Studierende mit Berufsmatura künftig prüfungsfrei an die Pädagogische Hochschule gehen können.

Eigentlich wollten die Grossräte alle dasselbe: Berufsmaturanden und Berufsmaturanden sollen prüfungsfrei zum Studium an der Pädagogischen Hochschule zugelassen werden. Während sich die Ratslinie dafür aussprach, den entsprechenden überparteilichen Vorstoss in der abgeschwächten Form eines unverbindlichen Prüfungsauftrags zu überweisen, beharrten die bürgerlichen Parteien auf der verbindlichen Form der Motion – und setzten sich durch.

Denn, so ihre Argumentation, in den nächsten Jahren gehen viele Berner Lehrer in Pension. Nachwuchskräfte zu finden, ist schwierig. Die Lockerung der Zulassungsbestimmungen zur PH soll helfen, dem sich abzeichnenden Lehrermangel beizukommen. Ein Vorteil sei, so betonten die meisten Redner, dass Berufsmaturanden bereits über Berufs- und Lebenserfahrung verfügten.

SP und Grüne dagegen fürchteten, die Annahme der Motion führe zu einem Alleingang des Kantons Bern. Denn derzeit steuert die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) die Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Damit haben die Absolventen heute die Gewähr, dass ihr Diplom in der ganzen Schweiz anerkannt ist. Zwar würden die Grünen eine Lockerung der Zulassungsbestimmungen begrüssen. Aber die EDK habe nun einmal festgelegt,

dass Berufsleute nur mit einer Eintrittsprüfung an der PH studieren könnten, so Corinne Schärer (Bern). «Wenn wir das an unserer PH ändern, dann könnte unser Diplom die schweizerische Anerkennung verlieren.» Elisabeth Zäch (SP, Burgdorf) doppelte nach, die PH Bern würde damit ausserkantonale Studierende verlieren. Laut Zäch ein finanzieller Sündenfall: «Die rentieren, die bringen uns Millionen.»

Pulver will sich für tiefere Hürden einsetzen

Das sah auch Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) so. Eine prüfungsfreie Zulassung für Berufsmaturanden sei sinnvoll, allerdings nicht als Berner Einzellösung. Zwar sei ab 2014 nicht mehr die EDK, sondern der Bund für die Zulassungsbestimmungen zuständig. Doch auch in der neuen Regelung könnten Berufsmaturanden nur unter bestimmten Voraussetzungen prüfungsfrei an einer PH studieren. Diese Bedingungen seien jedoch noch unklar. Klar sei, dass die Berner PH diese erfüllen müsse, weil sie sonst ihre Akkreditierung verlieren könnte. Pulver versprach aber, sich bei den zuständigen Gremien dafür einzusetzen, dass die Hürde für Berufsmaturanden möglichst tief gehalten werde.

Mitmotionär Thomas Brönnimann (GLP, Mittelhäusern) betonte, der Berner Alleingang sei nicht das Ziel. Er hielt jedoch an der verbindlichen Form fest. «Mit einem klaren Auftrag kann unser Erziehungsdirektor dieses Anliegen besser vertreten.» Der Rat stimmte der Motion schliesslich mit 82 Ja zu 57 Nein bei 13 Enthaltungen zu. *as*



Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (rechts) im Gespräch mit Motionär Daniel Steiner. *Andreas Blatter*

WAS SONST NOCH BESCHLOSSEN WURDE

Sekübertritt und Lehrermotivation

Zwei Motionen forderten, das Übertrittsverfahren von der Primarschule in die Sekundarstufe I zu optimieren. Wegen des fast identischen Inhalts zog Käthi Wälchli (SVP) ihre Motion zurück. Damit befand der Rat über den Vorstoss von Daniel Steiner (EVP), der Einigungsgespräche zwischen Eltern und Lehrern durch eine Kontrollprüfung ersetzen will. Zudem soll das Fach Natur-Mensch-Mitwelt (NMM) in den Katalog der selektionsrelevanten Fächer aufgenommen werden. Heute sei die Fächerauswahl zu sprachenlastig, was Buben eher benachteilige. Weiter sei die Beurteilungskompetenz der Lehrer zu verbessern. Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) nahm Steiner den Wind etwas aus den Segeln, weil er bereits angekündigt hatte, das

Einigungsgespräch ab dem Schuljahr 2013/2014 durch eine Kontrollprüfung zu ersetzen. Diesen Punkt empfahl er zur Annahme. Die Beurteilungskompetenz der Lehrer werde bereits in der Ausbildung geschult. Der Punkt sei deshalb erfüllt. Dass das Fach NMM für die Selektion relevant sein soll, will Pulver prüfen. Er plädierte dafür, die Änderungen im Lehrplan 21 abzuwarten und diesen Punkt als Postulat anzunehmen. Das Parlament folgte den Anträgen.

Nur als Postulat überwies der Rat den überparteilichen Vorstoss, nach dem die Unterstützung beim Berufseinstieg von Lehrern gesetzlich zu verankern sei. Die Motionäre wollen Neulehrer wenn nötig gezielt unterstützen, damit sie ihren Beruf nicht an den Nagel hängen. *as*

Ist die Valiant-Bank ein zweiter Fall KPT?

FINMA Schon seit 15 Monaten nimmt die Finanzmarktaufsicht die Valiant-Bank unter die Lupe. Gilt hier das Gleiche wie bei der KPT: Je länger das Verfahren, desto krasser das Urteil?

In der langwierigen KPT-Affäre geriet auch die Finanzmarktaufsicht (Finma) in die Kritik. Man konnte von aussen betrachtet kaum nachvollziehen, weshalb sich das Gewährsverfahren gegen drei Führungspersonen derart in die Länge zieht und die Berner Krankenkasse damit strategisch handlungsunfähig macht. Statt drei Monate, wie ursprünglich angekündigt, dauerte das Verfahren über ein Jahr. Erste und vor zwei Wochen das harte Verdikt bekannt wurde, liessen sich die aufwendigen Abklärungen nachvollziehen.

Finma von sich aus aktiv

Bei der Regionalbanken-Holding Valiant dauern die Untersuchungen der Finma sogar noch länger – mittlerweile über 15 Monate. Nachdem die Valiant-Aktie Mitte Oktober 2010 ohne sichtlichen Grund um rund 20 Prozent in die Tiefe sackte, hatte die Finma ihre Abklärungen begonnen. Dass die Valiant selber die Finma schriftlich gebeten hatte, den Handel der Valiant-Aktien zu untersuchen, tut nichts zur Sache. «Die Finma macht keine Abklärungen auf Auftrag der Beaufichtigten, sondern dort, wo dies aufsichtsrechtlich angebracht ist,» erklärt Finma-Sprecher Tobias Lux. Sie hätte ihre Abklärungen im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit aufgrund der auffälligen Kursbewegungen so oder so getroffen.

Je länger das Verfahren, desto vernichtender das Urteil? In dieser absoluten Form wird das kaum stimmen; in der Tendenz

hingegen schon. Die Finma kann sich kaum erlauben, die Bank und die Öffentlichkeit derart lange im Ungewissen zu lassen, nur um zu verkünden, es sei alles in Butter.

Laut Tobias Lux gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten, weshalb sich ein Verfahren über Gebühr in die Länge ziehen kann: • der Fall ist extrem komplex, und es treten immer wieder neue Sachverhalte zu Tage; • die Parteien nutzen ihre legitimen Rechte «konsequent», was zu Fristerstreckungen und anderen Verzögerungen führen kann; • der Finma fehlen Ressourcen, und sie muss Prioritäten anders setzen.

Welche dieser drei Gründe bei der Valiant zutreffen, will Lux nicht verraten. Doch zwischen KPT und Valiant gibt es einen zentralen Unterschied: Bei der Krankenkasse KPT hat die Finma von sich aus bekannt gegeben, dass sie über den Ausgang der Untersuchung orientieren wird. Im Fall der Valiant bestätigt Tobias Lux nur, dass aufgrund der auffälligen Kursbewegungen Abklärungen stattfinden. Ob die Öffentlichkeit in diesem Fall orientiert wird, werde nach Abschluss der Abklärungen entschieden. In der Regel informiere die Finma nicht über ihre Abklärungen.

Es gibt noch einen zweiten Unterschied: Die KPT bestätigte auf Anfrage, dass Leute der Finma Unterlagen eingefordert hätten. Die Spitze der Valiant sagt jedoch gar nichts. Sie bestätigt nicht, ob die Finma Abklärungen durchführt. Sie bestätigt nicht, ob Leute der Finma vorstellig geworden sind. Sie bestätigt nicht, ob die Finma Unterlagen eingefordert hat. Stattdessen reagiert sie ziemlich pikiert, wenn der Journalist das womöglich zu hartnäckige Nachfragen nicht aufgeben will. *Claude Chatelain*

Vorerst kein Problem

«BERN ERNEUERBAR» Die grüne Energie-Initiative «Bern erneuerbar» ist doch verfassungskonform. Die konkrete Umsetzung birgt jedoch «erhebliche Schwierigkeiten».

Die bernischen Wirtschaftverbände wollten der Volksinitiative «Bern erneuerbar» mit einem kritischen Rechtsgutachten den Stecker ziehen: Das Begehren verletze Bundesrecht und könne nicht umgesetzt werden. Dem widerspricht nun aber das Bundesamt für Justiz (BJ), das auf Bitten der zuständigen Grossratskommission Stellung nimmt: Die Initiative und der geplante Gegenvorschlag seien bundesrechtskonform. Allerdings hält das BJ fest, dies sei das Ergebnis einer «kurzen Prüfung». Die definitive Beurteilung, die stattfindet, wenn das Volk die Initiative annimmt, bleibe vorbehalten.

Initiative und Gegenvorschlag sehen vor, dass im Kanton Bern der Strombedarf grundsätzlich zu 100 Prozent durch erneuerbare Energie gedeckt wird; die Übergangsfrist dauert bis 2035 (Initiative) respektive 30 Jahre (Gegenvorschlag). Das BJ betont, es handle sich hier um grundsätzliche Zielbestimmungen und nicht um unmittelbar anwendbares Recht. Die konkreten Pflichten und Verbote müssten erst später im Gesetz definiert werden. Dabei erwartet das BJ zwar «erhebliche Schwierigkeiten», hält die Umsetzung aber offenbar nicht für unmöglich. *fab*

Die Geburtstagskinder aus Biel



Gratulation: Die Grossräte Pierre-Yves Grivel und Peter Moser kamen am selben Tag zur Welt und haben auch sonst einiges gemeinsam. *abf*

GEBURTSTAG Gestern hatten gleich zwei Grossräte Geburtstag: Pierre-Yves Grivel (59) und Peter Moser (64). Das ist nicht die einzige Gemeinsamkeit. Beide leben in Biel, sind in der FDP, waren im Bieler Stadtrat und sitzen jetzt im Kantonsparlament, und das erst noch nebeneinander. Wie es sich gehört, war Mo-

ser als Älterer jeweils vor Grivel in den Parlamenten. Moser sei sein grosses Vorbild, witzelt der kleinere Grivel denn auch und blickt zu Moser hoch. Zwar gratulierte ihnen Ratspräsident Beat Giauque (FDP) während der Sitzung, ansonsten hatten die beiden herzlich wenig von ihrem Festtag. Denn ein

Grossrat kann nicht einfach blau machen – auch da sind sich Grivel und Moser einig.

Doch es gibt auch Unterschiede zwischen den beiden. Moser ist Transportunternehmer, Grivel Schulleiter. Und ganz entscheidend: Moser ist Deutschschweizer und Grivel Romand. Das fällt beim Feiern ins Gewicht.

Während Moser «mit all den Jahren auf dem Buckel», wie er sagte, nicht feiern wollte, ging Grivel nach der Abend Sitzung des Grossen Rates gut essen. «Was, noch einmal?», fragte Moser erstaunt, da es bei späten Sitzungen im Rathaus jeweils ein Buffet gibt. «Eh, ben», antwortete Grivel, «c'est l'apérot!» *as*

In Kürze

GRÜNE Rytz und Trede offiziell nominiert

Die Delegierten der Grünen Kanton Bern haben am Dienstagabend ihre Kandidatinnen für die Neubesetzung des Präsidiums der Grünen Schweiz wie erwartet nominiert: Die Stadtbürgermeisterin Regula Rytz bewirbt sich als Präsidentin oder Co-Präsidentin, die bisherige Vizepräsidentin und Berner Stadträtin Aline Trede möchte in der Parteileitung bleiben. Die Nachfolge des zurücktretenden Präsidenten Ueli Leuenberger wird im April geregelt. Offiziell kandidieren bislang zudem die Nationalräte Geri Müller (AG) und Bastien Girod (ZH), der frühere Präsident der Zürcher Stadtpartei Markus Kunz und Esther Maag (BL). *azu*

ARBEITSMARKT

Haas präsidiert Kommission

Die Kantonale Arbeitsmarktkommission (Kamko) beginnt ihre dritte Amtsperiode. Neuer Präsident ist HIV-Direktor Adrian Haas. Die Kamko beobachtet den Arbeitsmarkt und sorgt dafür, dass die flankierenden Massnahmen eingehalten werden. Neu Einsitz nehmen Daniel Hügli, Carmen Rocha (beide Gewerkschaftsbund des Kantons Bern), Christine Hertel (Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion) und Urs Arn (Polizei- und Militärdirektion). *pd*